

## **Anmerkungen zur Kooperationsvereinbarung zwischen dem rheinland-pfälzischen Kultusministerium und dem Wehrbereichskommando II der Bundeswehr (25.02.2010)**

1. Die Kooperationsvereinbarung steht in deutlicher Spannung zum Rundschreiben „Friedenserziehung in der Schule“, das 1992 von der damaligen Kultusministerin Dr. Rose Götte erarbeitet wurde. Darin wird als Schritt zur „Verwirklichung einer Friedenskultur“ die plurale Auseinandersetzung mit Friedensfragen gefordert und die Einladung von Sachverständigen aus dem „Gesamtfeld der Friedenssicherungsaktivitäten“ empfohlen (was ausdrücklich auch die Vertreter von Kriegsdienstverweigerer- und Zivildienstorganisationen einschließt).
2. Schon lange haben die Jugendoffiziere der Bundeswehr weitgehende Möglichkeiten, „sicherheitspolitische Aufklärung und Information“ an Schulen zu leisten. Dazu bedürfte es keiner zusätzlichen Kooperationsvereinbarung. Neu ist, dass die hauptamtlichen Jugendoffiziere die sicherheitspolitischen Vorgaben des Verteidigungsministeriums und ihre „Erfahrungsteilhaber an der Institution Bundeswehr“ nun auch in die Ausbildung von Referendarinnen und Referendaren einbringen sollen. Ob diese Einbindung von Militärvertretern auch die examensrelevanten Teile der Lehrerausbildung betreffen soll, lässt die Kooperationsvereinbarung offen – dies wäre eine besonders sensible Fragestellung für Referendare, die zur großen Gruppe der anerkannten Kriegsdienstverweigerer gehören.
3. Probleme der Friedensgestaltung werden in unserer Gesellschaft kontrovers diskutiert. Für ein demokratisches Bildungsverständnis ist es daher unerlässlich, dass im Unterricht die Bandbreite der unterschiedlichen Positionen im Originalton zu Wort kommt. Schülerinnen und Schüler erhalten so die Möglichkeit, eine reflektierte, eigenständige Stellungnahme zu entwickeln. Eine mehr als problematische Engführung schulischer Bildung wäre es, wenn Fragen von Friedenspolitik und Konfliktbearbeitung einer militärpolitischen Deutungshoheit unterstellt würden.
4. Damit den Erfordernissen von pluraler Meinungsbildung und friedenspädagogischer Orientierung Rechnung getragen wird, reicht es nicht aus, dass Jugendoffiziere militär- oder kriegskritische Positionen möglicherweise selbst mit in die schulische Diskussion einbringen. Zu drängend und zu zahlreich sind die Fragen, zu deren Entfaltung auch die Vertreter alternativer friedenspolitischer Orientierungen zu hören sind. Themen, die hier nicht ausgeblendet werden dürfen, sind u.a. die Folgen deutscher Rüstungsexporte und -produktion, die diskussionsbedürftige Rolle unseres Bundeslandes als Drehscheibe weltweiter Militäreinsätze, das Missverhältnis zwischen den staatlichen Ausgaben für militärisches Handeln und zivile Konfliktvorsorge, der Vorrang der zivilen Konfliktprävention vor militärischer Intervention, die immer weniger konsensfähige Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht... Statt Lernenden die Brille des Verteidigungsministeriums zu verordnen, hat die staatliche Bildungsaufsicht hier die Pflicht, ihnen zur eigenständigen Auseinandersetzung mit den angesprochenen Problemfeldern zur verhelfen.
5. Zum jetzigen Zeitpunkt lässt die neue Kooperationsvereinbarung Kultusministerium-Bundeswehr eine Vernachlässigung elementarer Grundsätze befürchten, die für Bildung in einer pluralen Demokratie und für die friedenspädagogische Orientierung schulischen Lernens unverzichtbar sind. Diese Sorge bleibt bestehen, solange der privilegierte Zugang militärischer Vertreter zu den Bildungseinrichtungen unseres Landes nicht ergänzt wird durch Kooperationsvereinbarungen mit gesellschaftlichen Institutionen, die sich der zivilen Konfliktbearbeitung widmen (z.B. Entwicklungsdienste, Entsendeorganisationen für Friedensfachkräfte, Einrichtungen der Friedensforschung).

Speyer, den 26.02.2010

Pfarrer Friedhelm Schneider

Leiter der Arbeitsstelle Frieden und Umwelt  
der Evang. Kirche der Pfalz